

„Wir brauchen die Entscheidungsmacht“

Finanzsenatorin Karoline Linnert: Nicht zulassen, dass andere die Zukunft der Bremer Landesbank bestimmen

Bremen soll auf Drängen Niedersachsens seine Stillen Einlagen bei der Bremer Landesbank (BLB) in haftendes Eigenkapital umwandeln. Die BLB gehört zur Nord/LB, und die braucht Geld, um die Auflagen der Finanzaufsicht zu erfüllen. Über Für und Wider wird derzeit heftig diskutiert. Finanzsenatorin Karoline Linnert ist für die Umwandlung, vor allem im Interesse der BLB, erklärt sie im Gespräch mit Annemarie Struß-von Poellnitz.

Ihr Vorgänger Ulrich Nußbaum wollte schon 2005 die Stillen Einlagen in Kapitalanteile umwandeln. Das wurde damals abgelehnt. Was hat sich geändert?

Karoline Linnert: Die Nord/LB wollte das damals schließlich nicht mehr, weil sie ihren Kapitalbedarf anders decken konnte. Sie hatte auch kein Interesse daran, dass sich der Bremer Anteil von 7,5 Prozent an der Bremer Landesbank erhöht. Aber die Zeiten haben sich geändert.

Jetzt braucht die Nord/LB die Umwandlung, um ihr hartes Kernkapital zu erhöhen. Dennoch hat der niedersächsische Finanzminister Möllring gesagt, wenn Bremen nicht wolle, könne die Nord/LB die geforderte Quote auch allein erreichen. Da können Sie doch jetzt ruhig abwarten.

In der Debatte ist der Eindruck entstanden, dass die Umwandlung ausschließlich im Interesse der Nord/LB oder des Landes Niedersachsen liegt, das ist aber nicht der Fall. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Stille Einlagen haben sich verändert. Erstens werden Stille Einlagen bald nicht mehr als hartes Kernkapital anerkannt, das betrifft auch die Kapitalausstattung der BLB; und zweitens ist nicht mehr sichergestellt, dass wir unabhängig von der Situation der Bank in jedem Fall unsere Zinsen bekommen. Deshalb besteht jetzt auch für die Stillen Einlagen ein Risiko.

Wie das?

Nach dem zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das am letzten Donnerstag vom Bundestag beschlossen wurde, kann die Bankenaufsicht (Bafin) in die Geschäftspolitik von Banken eingreifen und Anforderungen stellen. Theoretisch ist denkbar, dass sie verfügt, dass die Bremer Landesbank als Tochter der Nord/LB keine Zinsen auf Stille Einlagen ausschütten darf. Die Bafin könnte zum Beispiel sagen: Die Schiffsbeteiligungen der Nord/LB sind zu hoch bewertet. Das Ausfallrisiko ist viel höher, deshalb wird noch mehr Eigenkapital benötigt. Wenn das nicht erbracht werden kann, greift die Aufsicht in die Geschäftspolitik ein.

Und dann hätten Sie ein Problem, weil die Stillen Einlagen durch Kredite finanziert sind, für die Sie Zinsen zahlen müssen?

Dann haben wir sofort ein Haushaltsloch bei der Bremer Aufbaubank (BAB) und bei der Bremer Verkehrsgesellschaft (BVG), die die Stillen Einlagen halten.

Bremen hat damals über diese beiden eigenen Gesellschaftern Geld aufgenommen, um die Eigenkapitalbasis der Bremer Landesbank zu stärken. Wenn das jetzt wegen geänderter gesetzlicher Grundlagen nicht mehr funktioniert, könnten Sie dann nicht einfach die Kredite kündigen?

Es gibt für eine Kündigung verschiedene Fristen, die für die letzte Tranche bis 2018 reichen. Die Einlage der BVG über 250 Millionen Euro kann nur mit Zustimmung der Bankenaufsicht gekündigt werden, für die drei Pakete der BAB über insgesamt 230 Millionen Euro müsste das nach der neuen Rechtslage geprüft werden. So einfach kommen wir da also nicht raus. Zudem haben wir als Träger der Bremer Landesbank ein Interesse daran, dass sich deren Kapitalstruktur verbessert. Als nicht-systemrelevante Bank muss die Bremer Landesbank auf ein hartes Kernkapital von sieben Prozent kommen.

Landesbank-Chef Stephan-Andreas Kaulvers sagt, diese Quote könne die Bank auch durch Thesaurierung eigener Gewinne erreichen.

Finanzsenatorin Karoline Linnert argumentiert leidenschaftlich für eine Umwandlung der Stillen Einlagen. Aber noch sind etliche Fragen offen.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Bisher galt dafür eine Übergangsfrist von zehn Jahren. In dieser Zeit sollten die Stillen Einlagen in Schritten zu zehn Prozent in hartes Kernkapital gewandelt werden. Darauf hatten wir uns vorbereitet, aber diese Frist wird wahrscheinlich verkürzt.

Das klingt sehr nach „alternativlos“. Aber eine ergebnisoffene Prüfung schließt Alternativen ein. Wie könnten die aussehen?

Theoretisch gibt es die Möglichkeit, gar nichts zu machen. Was für Risiken wir damit eingehen, ist eine Frage der Einschätzung. Das kann auch gutgehen. Die Bremer Landesbank ist stark.

Macht es aus Ihrer Sicht Sinn, nur einen Teil der 480 Millionen Euro zu wandeln?

Was für einen Teil gilt, gilt auch für das Ganze: Die Stillen Einlagen sind nicht mehr sicher. Deshalb ist es sinnvoll, sie zu wandeln, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir könnten auch versuchen, unseren 7,5 Prozent-Anteil zu verkaufen und uns ganz aus der BLB zurückziehen.

Aber die Nord/LB würde diesen Anteil kaum bezahlen können.

Man müsste dann einen anderen Investor finden. Ich präferiere eine Wandlung der Stillen Einlagen. Der Senat hat daran ganz klare Bedingungen geknüpft: Wir brauchen ein unabhängiges Wertgutachten, wir holen uns externe Berater, die jetzt verankerten Rechte Bremens müssen mindestens erhalten bleiben und die Erträge aus der Bremer Landesbank müssen für Bremen so abgesichert werden, dass wir keine finanziellen Einbußen haben.

Kann Bremen davon profitieren, dass die Nord/LB auf die 480 Millionen Euro angewiesen ist?

Ich glaube, beide Seiten haben ein Interesse an einem fairen Ergebnis. Aber natürlich wird Bremens Position nicht dadurch geschwächt, dass Herr Möllring uns diesen Brief geschrieben hat.

Würde der Einfluss Bremens auf die Landesbank nach einer Wandlung deutlich größer sein?

Die Bankenlandschaft ist derzeit stark in Bewegung. Ich glaube, es wäre ein gutes Signal, sich auch öffentlich zu dieser erfolgreichen Regionalbank zu bekennen, damit

nicht Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg gefällt werden.

Die Bremer Landesbank ist Teil des Konzernverbands der Nord/LB. Auf deren Geschäftspolitik hätte Bremen auch nach einer Umwandlung keinen Einfluss.

Aber wir haben weitgehende Rechte für den Fall, dass sich die Trägerstruktur der Nord/LB ändert, wenn sie etwa ganz oder in Teilen verkauft werden sollte. Dann hätte Bremen die theoretische Möglichkeit, sich aus dem Verbund herauszukaufen und einen anderen Partner zu suchen.

Unter Nußbaum und dem damaligen Landesbank-Chef Thomas Christian Buchbinder wurde die Herauslösung aus dem Nord/LB-Konzern schon einmal durchgespielt, hat damals aber potenzielle Partner für eine Regionalbank wie die Sparkasse Bremen und die Oldenburgische Landesbank (OLB) verprellt. Wird diese Option jetzt wieder Thema?

Die Bremer Landesbank hat mit ihrer Konzentration auf die Region ein erfolgreiches Geschäftsmodell...

... was bei der Nord/LB zumindest fraglich scheint.

Das kommentiere ich nicht. Bleiben wir bei der Bremer Landesbank: Ich gehe davon aus, dass es nach den Erfahrungen der Finanzkrise und den abgehobenen globalen Geschäften auch in mancher Landesbank eine Rückbesinnung auf seriöse, lokale Geschäftsmodelle gibt. Unsere regionalen Institute, dazu zählt natürlich auch die Sparkasse, lassen einen Unternehmer nicht gleich hochgehen, wenn er mal in Schwierigkeiten gerät. Man redet miteinander, diese Bankhäuser übernehmen Verantwortung für die Region und zahlen auch hier ihre Steuern.

Gesetzt den Fall, Bremen entschließt sich zu einer Wandlung: Was bedeutet das für die Bremer Aufbaubank und die BVG, die jetzt die Stillen Einlagen halten?

Das ist kompliziert und muss beihilferechtlich und steuerrechtlich geprüft werden. Wir stellen auf alle Fälle sicher, dass beide dadurch finanziell nicht schlechter stehen. Sie bekommen entweder Dividenden oder Geld aus dem Haushalt. Die BAB unterliegt der Kontrolle der Bafin, und sobald sie eine offene Unternehmensbeteiligung eingeht, ändert sich ihre Risikobewertung. Dafür suchen wir eine Lösung.

Könnte die Bremer Landesbank, wenn sie zu einem so großen Teil Bremen gehört, die Aufgaben der BAB nicht mit erfüllen?

Nein, die BAB ist eine reine Förderbank und hat deshalb eine andere Aufgabe als die Bremer Landesbank. Die BAB ist gewollt als Instrument zur Wirtschaftsförderung, mit enger Verzahnung zur Politik. Die Bremer Landesbank operiert in ihren Geschäften unabhängig vom Einfluss der Politik. Darauf achte ich auch als Aufsichtsratsvorsitzende. Wir brauchen beide.

Bürgermeister Böhrnsen befürchtet, andere Länderchefs könnten ablehnend reagieren, wenn das Haushaltsnotlageland Bremen sich „in eine Bank einkauft“. Rechnen auch Sie mit Widerstand?

Nein, aber mit Bemerkungen gerade von Ländern, die Probleme mit ihren eigenen Landesbanken haben. Entscheidend ist: Wir halten die Sanierungsvereinbarungen mit dem Bund ein, völlig unabhängig davon, wie wir mit der Landesbank umgehen. Es kommt darauf an, dass wir es schaffen, unsere jährliche Kreditaufnahme zu senken. Psychologisch könnte der eine oder andere in Berlin mit einer Umwandlung Probleme haben. Aber wenn wir uns dafür entscheiden, haben wir auch gute Argumente, die wir kommunizieren werden.

Zur Person: Karoline Linnert, geboren 1958 in Bielefeld, ist seit Juni 2007 Bürgermeisterin und Finanzsenatorin in Bremen. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder.